



Markus Grübel MdB
Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

Bahnhofstr. 27, 73728 Esslingen

+49 (0) 711 365 80 66

 markus.gruebel.wk@bundestag.de

Wirtschaftswende jetzt – Deutschland muss wieder attraktiver werden

Die CDU-Bundestagsabgeordneten Markus Grübel und Thorsten Frei sprachen mit Unternehmern, Bürgermeistern und interessierten Gästen über den Zwölf-Punkte-Plan der CDU-Fraktion und notwendige Reformen zur Stärkung der Wirtschaft.

Im Rahmen des Formats „Treffpunkt Fraktion“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kamen kürzlich rund 200 Gäste in der Firma F. Zimmermann GmbH in Neuhausen zusammen, um in einen offenen Austausch über die ernste Lage der Wirtschaft in Deutschland und die Integration ausländischer Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt zu diskutieren. Moderiert wurde die Veranstaltung mit dem Titel „Wirtschaftswende jetzt – Deutschland muss wieder attraktiver werden“ vom Esslinger CDU-Bundestagsabgeordneten und Initiator Markus Grübel. Zu Beginn dankte Grübel der Familie Gänzle dafür, dass sie ihre Werkshalle für die Veranstaltung öffnete und betonte die Bedeutung von innovativen Familienunternehmen für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

In einem Impulsvortrag ging der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei MdB, auf die aktuelle Situation der deutschen Wirtschaft ein. „Deutschland ist eine Wirtschaftsnation mit fleißigen Arbeitnehmern, kreativen Erfindern, exzellenten Ingenieuren und starken Unternehmen“. Made in Germany sei ein global geschätztes Qualitätssiegel. Doch zur Wahrheit gehöre auch: „Deutschlands Wohlstand ist bedroht“. Doch Deutsch-

PRESSMITTEILUNG



Markus Grübel MdB
Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

Bahnhofstr. 27, 73728 Esslingen

☎ +49 (0) 711 365 80 66

✉ markus.gruebel.wk@bundestag.de

land könne die wirtschaftliche Wende schaffen, dazu brauche es allerdings eine Regierungspolitik, die die Realitäten anerkenne, mahnte Frei.

Deutschland rutsche immer weiter in die Rezession. „Die deutsche Wirtschaft schrumpft – als einzige in Europa“. Verantwortlich dafür sei in erster Linie die Bundesregierung. „Immer höhere Energiekosten, immer weiter steigende Abgaben und immer mehr Bürokratie“, nannte er als Ursachen. Gleichzeitig erhöhe die Regierung die Sozialausgaben und verringere Anreize zur Arbeitsaufnahme, vor allem durch das Bürgergeld. Diese Politik führe dazu, dass der Standort Deutschland an Wettbewerbsfähigkeit immer mehr verliere. „Die Investitionen in Deutschland gehen dramatisch zurück“. Immer mehr deutsche Unternehmen würden ins Ausland abwandern. Dagegen wolle die CDU mit einem konkreten Zwölf-Punkte-Plan vorgehen, versprach Thorsten Frei und erläuterte den CDU-Plan, der als Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht werden soll.

Das Papier beinhaltet unter anderem folgende Forderungen: Die Sozialabgaben sollen wieder auf maximal 40 Prozent des Bruttolohns gedeckelt werden, Überstunden von Vollzeitbeschäftigten sollen steuerlich begünstigt und die ersten 2000 Euro Arbeitseinkommen im Jahr für Rentner steuerfrei gestellt werden. Mit diesen und weiteren Maßnahmen, wie etwa einer dauerhaften Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum, der Einführung von Genehmigungsfristen im Baurecht, dem Stopp des Lieferkettengesetzes und der Zusage, bis Ende 2025 für Bürger und Unternehmen keinen neuen bürokratischen Hürden zu schaffen, soll der Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt werden und an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen.

Die überbordende Bürokratie ist es, die von Teilnehmern des Podiumsgesprächs immer wieder als „Bremsklotz“ für die Unternehmen

PRESSMITTEILUNG



Markus Grübel MdB
Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

Bahnhofstr. 27, 73728 Esslingen

☎ +49 (0) 711 365 80 66

✉ markus.gruebel.wk@bundestag.de

beklagt wurde. Laut Gastgeberin Eva Gänzle, Kaufmännische Leiterin und Syndicusrechtsanwältin der F. Zimmermann GmbH, seien vor allem stabile politische Rahmenbedingungen für eine Wirtschaftswende unerlässlich. Fachkräftemangel, fehlende Kinderbetreuungsplätze und fehlende Steuervorteile für arbeitswillige Rentner sind dabei nur einige Probleme, die Gänzle in Ihrem Arbeitsalltag täglich begegnen.

Heike Gehrung-Kauderer, Geschäftsführerin der Hirsch Hotelbetriebs GmbH in Ostfildern-Ruit und im Ehrenamt zugleich Präsidentin der IHK-Bezirkskammer Esslingen-Nürtingen, kritisierte die schleichende Akademisierung der Gesellschaft, die in den letzten Jahren immer mehr zum Problem für den Arbeitsmarkt, vor allem in der Gastronomie geworden sei. „Es ist höchste Zeit, arbeitswillige Leute unbürokratisch zu fördern und dadurch auch zu integrieren“, betonte Gehrung-Kauderer. Diese Aussagen bestätigte Dr. Dietrich Birk, Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) Baden-Württemberg. Birk ging auf die aktuelle Debatte um die Einführung einer Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich ein, die seiner Meinung nach nicht in die Zeit passe. „In unserer Branche gibt es bereits jetzt einen hohen Anteil an Teilzeitarbeitsplätzen, wobei aber gleichzeitig Vollzeitstellen dringend besetzt werden müssten“. Ein weiteres Problem seien die hohen Kosten, die Betrieben durch den immensen Bürokratieaufwand entstünden. Birk forderte außerdem eine Reform des Arbeitszeitgesetzes, damit Arbeitgeber und Arbeitnehmer flexiblere Wochenarbeitszeitmodelle für sich einführen könnten.

Im Vorfeld der Abendveranstaltung hatte der Esslinger Bundestagsabgeordnete Markus Grübel alle Bürgermeister aus seinem Wahlkreis zu einem Gespräch mit MdB Thorsten Frei eingeladen. Die zahlreich erschienenen Vertreter der Kommunen nutzen die Gelegenheit, aufzuzeigen, wo die Kommunen dringend Handlungsbedarf der

PRESSMITTEILUNG



Markus Grübel MdB
Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

Bahnhofstr. 27, 73728 Esslingen

+49 (0) 711 365 80 66

 markus.gruebel.wk@bundestag.de

Politik sehen. Der fehlende Wohnraum - auch verursacht durch nach wie vor hohe Flüchtlingszahlen – belastet die Städte und Gemeinden. Hohe Kosten kommen auf die Kommunen zudem durch die Ganztagsbetreuung an Grundschulen zu. Und ein weiterer Kritikpunkt war die dringende notwendige Baurechts-Reform. An vielen Stellen greife der Bund zu sehr in die kommunale Selbstverwaltung ein und mache den Kommunen Vorgaben, die praktisch nicht umzusetzen seien, beklagten die Rathauschefs.

Thorsten Frei und Markus Grübel versprachen, die Sorgen und Ideen der Bürgermeister und die beim Podiumsgespräch genannten Argumente in die parlamentarische Arbeit der Unionsfraktion einfließen zu lassen. Einig war man sich darin, dass die Vollkasko-Mentalität, die viele Bürger gegenüber dem Staat mittlerweile hätten, nicht weiter tragbar sei. „Der Wohlstand unseres Landes gründet auf wirtschaftlichem Erfolg, für den wir jetzt gesamtgesellschaftlich kämpfen müssen“, betonte Grübel abschließend.

Bild: Yvonne Bauder

Bildunterschrift: Das Bild zeigt (v.l.n.r.): Markus Grübel MdB, Firmenchef Rudolf Gänzle, Heike Gehrung-Kauderer, Eva Gänzle, Frieder Gänzle, Thorsten Frei MdB, Dietrich Birk.

PRESSMITTEILUNG